

SPERRFRIST:

1. Mai 2016, Redebeginn

REDE

Es gilt das gesprochene Wort!

Elke Hannack

stellvertretende DGB-Vorsitzende

1. Mai 2016

Oldenburg

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Dorothee, lieber Frank,

Glück auf zum 1. Mai! Der 1. Mai ist unser Tag, er ist der Tag der Gewerkschaften. Der Tag, an dem wir für die Würde der Menschen kämpfen. Es ist unsere Tradition, mit unseren Forderungen zum 1. Mai an die Öffentlichkeit zu gehen. Auf hunderten von Plätzen in Deutschland und Europa kämpfen wir Gewerkschaften für gerechte Arbeit, gute Bildung, sichere Renten und eine bessere Gesellschaft. Unser Motto für diesen 1. Mai ist: Zeit für mehr Solidarität! Und ich sage: Solidarität ist unsere Stärke!

Wir Gewerkschaften stehen für eine freie, demokratische, offene und solidarische Gesellschaft. Wir haben uns immer gegen „RECHTS“ gestellt. Und das ist auch gut so! Aus unserer Geschichte wissen wir: Es gibt nichts Schlimmeres, als zerschlagen und kalt gestellt zu werden. Keinen Widerstand mehr leisten zu können ist bitter. Und deshalb ist der 1. Mai auch immer ein Tag des Erinnerns. Es ist für uns immer ein Tag des Kampfes gegen „Rechtspopulismus und Rassismus“. Wir kämpfen für eine demokratische Gesellschaft. Da ist kein Platz für Nazis, Rechtspopulisten und braunes Gedankengut! Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität! Solidarität ist unsere Stärke!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft, die zusammen steht. Aber da gibt es einige in unserem Land, die sehen das anders. Die finden Solidarität und Zusammenhalt überflüssig. Die AfD zum Beispiel. Mit ihrer platten „Wolf im Schafspelz“-Methode versuchen sie, lammfromm auszusehen. Ihre politischen Forderungen sind inzwischen nicht mehr so plump, sondern harmlos verpackt. Glatt geschliffen. Aber dahinter stecken demokratiefeindliche „Rechtsaußen“-Plattitüden. Und eine Politik, die unser Land und unsere Gesellschaft spalten soll. Eine Partei, deren einziger Inhalt „Mobil machen gegen Flüchtlinge“ war, hat nun den Islam und die Muslime als Thema entdeckt. Der Islam ist nach AfD-Logik keine Religion, sondern politische Ideologie. Ihre Integration kann deshalb nach AfD-Logik bei Muslimen nur funktionieren, wenn sie ihren Glauben praktisch nicht ausüben. Deshalb soll es auch keine Minarette und keinen Muezzin geben. Verkauft wird das Ganze als Schutz der Gesellschaft vor Bösem! Harmlos verpacken sie einen demokratiefeindlichen Verstoß gegen unser Grundgesetz! Und sie grenzen dadurch zugewanderte und geflüchtete Menschen gezielt aus! Darum geht es doch eigentlich, Kolleginnen und Kollegen. Das ist AfD-Logik! Das ist ein stumpfer Versuch, die Gesellschaft zu spalten. Bewusstes Ausgrenzen ist Spaltung! Und Spaltung ist keine Solidarität! Das ist nicht das, wofür wir kämpfen! Wir wollen eine solidarische Gesellschaft! Nur dann sind wir stark. Und Solidarität ist unsere Stärke!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir alle stehen vor großen Aufgaben. Seit letztem Sommer sind eine Million Menschen zu uns geflüchtet. Vor Krieg, Terror, Leid, Hunger in ihren Heimatländern. Diese Menschen brauchen unsere Solidarität. Was sie nicht brauchen, ist Fremdenfeindlichkeit, Hass und Ausgrenzung! Wir müssen sie in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft integrieren. Dafür stehen wir als Gewerkschaften! Integration heißt nicht, dass wir uns dabei aus dem Blick verlieren. Wir Gewerkschaften kämpfen für eine Gesellschaft, in der wir gemeinsam leben und arbeiten. Deshalb fordern wir, alle gleich zu behandeln und nicht Geflüchtete und Einheimische gegeneinander auszuspielen. Deshalb wird es mit uns auch keinen neuen Zwei-Klassen-Arbeitsmarkt geben, in dem Geflüchtete einen geringeren Mindestlohn bekommen oder zu niedrigeren sozialen Standards arbeiten. Genauso wichtig ist es, dass die geflüchteten Menschen untergebracht werden. Deshalb brauchen wir mehr sozialen Wohnungsbau. Damit wir eben nicht einkommensschwache Familien gegen Geflüchtete ausspielen. Wir brauchen knapp 450.000 Wohnungen als sozialen Wohnraum, um überhaupt den Mangel

zu bekämpfen! Da reden wir aber noch nicht vom eigentlichen Bedarf! Soziale Verteilungskämpfe spalten nur die Gesellschaft. Das ist das Gegenteil von einer solidarischen Gemeinschaft! Es ist Zeit für mehr Solidarität! Solidarität ist unsere Stärke!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Integration kann nur funktionieren, wenn Menschen sich als Teil unserer Gesellschaft fühlen. Deshalb brauchen wir gute Bildung- damit alle gleiche Chancen haben. Egal, woher man kommt. Bildung war und ist für uns Gewerkschaften immer auch eine soziale Frage. Bildung heißt: Aufstieg, Chancen, Existenzsicherung und gesellschaftliche Teilhabe. Unter den Menschen, die zu uns geflüchtet sind, sind viele Junge. Sie brauchen eine Perspektive und die bieten wir ihnen mit Sprache, Bildung und Ausbildung. Dafür brauchen wir kein Integrationsgesetz mit Sanktionen, weil Menschen keine Sprachkurse besuchen, die es nicht gibt! Wir brauchen erst einmal genügend Sprachkurse! Mehr Schulpsychologen und Sozialarbeiter! Sie müssen Kindern und Jugendlichen helfen, mit dem Erlebten fertig zu werden!

Derzeit kommt ein Schulsozialarbeiter auf 8.600 Schüler! Das reicht doch bei weitem nicht. Für Jugendliche brauchen wir mehr Ausbildungsplätze. Wir wollen für ALLE Jugendlichen Ausbildungsplätze. Auch für einheimische Jugendliche, die bisher den Schritt in den Arbeitsmarkt nicht geschafft haben. Vergessen wir nicht: rund 270.000 junge Menschen bleiben in den Übergangssystemen zwischen Schule und Ausbildung stecken. Da müssen wir auch die Wirtschaft in die Pflicht nehmen. Sie hat uns im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung 20.000 zusätzliche Ausbildungsplätze versprochen! Geliefert aber nur 7000! Da ist noch Luft nach oben! Wir werden nicht locker lassen, so viel steht fest. Ansonsten riskieren wir Bildungskonkurrenz: Starke gegen Schwache, Geflüchtete gegen Einheimische. Das genau wollen wir nicht! Es ist Zeit für mehr gute Bildung! Zeit für mehr Solidarität! Solidarität ist unsere Stärke!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich kann mich nicht erinnern, wann wir unseren Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst je so viel abverlangt haben wie heute. Polizei und öffentliche Verwaltung leisten zurzeit Übermenschliches. Bund, Länder und Kommunen stoßen an ihre Grenzen. Finanziell, aber auch was Personal und Infrastruktur angeht. Das man eine solche Situation nicht vorhersehen konnte, ist klar. Aber der eigentliche Skandal ist doch: Die Politik hat den öffentlichen Dienst in den letzten fünfzehn, zwanzig Jahren kaputt gespart. Massiver Personalabbau, Sparzwänge, Privatisierungen von öffentlichen Dienstleistungen noch und nöcher. Die Folgen sind mehr Arbeit, tausende Überstunden und ein hohes Durchschnittsalter der Beschäftigten. Um nur mal ein paar Zahlen zu nennen: Um die rund 20.000 Überstunden bei der Polizei abzubauen, wären 9.000 zusätzliche Polizisten und Polizistinnen nötig. In den Schulen brauchen wir mindestens 24.000 neue Lehrkräfte. Mindestens 6000 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Dazu kommt: in den nächsten zehn Jahren gehen mehr als eine Million Staatsbedienstete in den Ruhestand. Bund, Länder und Kommunen dürfen das nicht weiter ignorieren. Sie müssen massiv gegensteuern. Wir brauchen endlich eine Personalpolitik der Zukunft! Und zwar nicht auf Kosten der Beschäftigten! Wir fordern mehr Personal im öffentlichen Dienst. Wir wollen: gute Arbeitsbedingungen für ALLE Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Mehr moderne Mitbestimmung für Personalräte! Fangen wir doch direkt mit den Personalratswahlen an: Den Kolleginnen und Kollegen wünsche ich viel Erfolg bei den Personalratswahlen. Wir brauchen starke Personalräte der DGB-Gewerkschaften! Wir stehen hinter euch! Solidarität ist unsere Stärke!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Januar 2015 haben wir den Mindestlohn. Aber der gilt noch immer nicht für alle. Die Arbeitgeber lassen sich immer neue Tricks einfallen. Gerade die Fleischindustrie, die es rund um Oldenburg gibt, ist bekannt dafür, den Mindestlohn zu umgehen. Und der Zoll kann nur zuschauen. Weil er nicht genug Personal hat. Das ist das eine. Das andere: Der Zoll ist

gar nicht mehr zuständig. Die Arbeitgeber ziehen inzwischen Geld direkt vom Nettolohn ab. Das ist Lohndumping durch die Hintertür! Wir brauchen endlich mehr Mindestlohn-Kontrollen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Thema „Leiharbeit und Werkverträge“ ist längst noch nicht vom Tisch! Auch wenn die CSU im Moment die Füße still hält! Wer weiß das besser, als ihr hier in Oldenburg und Umgebung, wo die Fleischindustrie große Betriebe hat? Und viele Menschen in Leiharbeit und Werkverträgen beschäftigt sind. Teilweise gibt es Verhältnisse von 60 zu 40. Das heißt sechzig Prozent Stammebelegschaft, vierzig Prozent Leiharbeit und Werkverträge. Über die Hälfte sind prekär beschäftigt. Was das für die Solidarität im Betrieb heißt, brauche ich euch nicht zu erklären. Und Fakt ist: Viele der Arbeiten, die durch Leiharbeit und Werkverträge erledigt werden, entsprechen der Arbeit der Stammebelegschaft! Und da wollen die Arbeitgeber uns weismachen, dass da nicht Personalkosten gespart werden sollen? Das ist eine Frechheit, Kolleginnen und Kollegen. Es geht NUR darum, Kosten zu sparen. Das lassen wir uns nicht mehr bieten. Lohndumping und Schmalspur – Absicherung? Nicht mit uns! Gewinne maximieren auf Kosten der Beschäftigten? Nicht mit uns! Das spaltet die Belegschaft! Wir wollen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Betrieb!

Es ist Zeit für mehr Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen, die als Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt werden! Wir brauchen endlich das Gesetz, das gerade in der Mache ist! Wir brauchen eine klare Abgrenzung zwischen Werkverträgen und regulärer Beschäftigung! Wir brauchen echte Mitbestimmung! Deshalb wollen wir endlich mitbestimmte Werkverträge! Unsere Betriebsräte können Missbrauch erkennen, aber sind machtlos! Hoffen wir, dass der Gesetzesentwurf dem Missbrauch endlich Grenzen aufzeigen kann! Hoffen wir, dass uns diesmal nicht wieder die CSU im Gesetzesverfahren dazwischen kommt. Falls doch, haben wir schon am 9.4. in München gezeigt: Wir können Druck machen! Es ist uns ernst. Wir erwarten, dass die Koalition ihr Versprechen hält!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst euch das Märchen von echter Gleichstellung am Arbeitsmarkt und in den Betrieben nicht auftischen. Frauen verdienen immer noch 21 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Oder anders: Sie verdienen nur dreiviertel so viel wie ihre männlichen Kollegen. Mit absolut identischen Voraussetzungen. Mit welchem Recht? Mit welcher Begründung? Eben, es gibt keine. Wir kämpfen nicht nur gegen eine Zwei-Klassen-Belegschaft im Betrieb, wenn es um Leiharbeit und Werkverträge geht. Wir wollen auch, dass Frauen endlich das Gleiche verdienen wie ihre männlichen Kollegen. Frauen zahlen ja auch nicht nur dreiviertel ihrer Rechnungen.

Deshalb brauchen wir unbedingt ein Lohntransparenzgesetz! Jahrelang war nichts in Sicht. Aber jetzt kommt hoffentlich Bewegung in die Sache! Das Ministerium von Manuela Schwesig hat einen guten Entwurf vorgelegt. Damit kämen wir unserem Ziel endlich mal einen Schritt näher! Aber die Arbeitgeber wollen uns einen Strich durch die Rechnung machen. Und deshalb hängt der Entwurf seit Monaten im Bundeskanzleramt fest. Für mehr Solidarität im Betrieb und ein Ende der Zwei-Klassen-Belegschaft brauchen wir endlich das Gesetz für mehr Lohntransparenz! Wir fordern die Bundesregierung auf, den Gesetzesentwurf endlich auf den Weg zu bringen! Und zwar jetzt!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das ist nicht alles, was wir von der Regierung noch in dieser Amtszeit in puncto Gleichstellung erwarten. Wir wollen, dass die Regierung ihr Versprechen hält und endlich ein modernes Teilzeit- und Befristungsgesetz schafft. Sonst haben viele Frauen keine Chance, je wieder mehr Stunden zu arbeiten. Einmal Teilzeit, immer Teilzeit! Und: Das Ganze ist doch ein roter Faden, der sich dann durchs Erwerbsleben zieht. Weniger Arbeitsstunden, kaum berufliche Weiterentwicklung, weniger Geld und später wenig Rente! Frauen brauchen endlich einen rechtlichen Anspruch auf befristete Teilzeit und

Rückkehr in Vollzeit! Für echte Gleichstellung am Arbeitsmarkt. brauchen wir endlich das Gesetz für befristete Teilzeit! Ich fordere die Bundesregierung auf, das Gesetz auf den Weg zu bringen! So, wie es der Koalitionsvertrag vorsieht!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Politik hat es auch erkannt: Rente und Altersarmut sind DAS Thema der Zukunft. Altersarmut wird breite Teile der Bevölkerung treffen, wenn jetzt nicht gegengesteuert wird. Das Rentenniveau ist jetzt schon auf 47 Prozent gesunken. Bis 2030 gehen wir von 43 Prozent aus! 43 Prozent! Das ist für ein Leben in Würde zu wenig. Dafür muss man nicht mal gut rechnen können! Wir arbeiten doch nicht ein Leben lang, um im Alter arm zu sein! Wenn wir diese Entwicklung stoppen wollen, müssen wir endlich umsteuern. Wir brauchen einen Kurswechsel in der Rentenpolitik.

Für ein Leben im Alter in Würde müssen wir dringend die gesetzliche Rente stärken. Anders werden wir Altersarmut nicht verhindern können. Die Politik hatte uns ja „Riestern“ empfohlen. Damit sollten Löcher gestopft werden, die das Absenken des Rentenniveaus ins Portemonnaie der Beschäftigten reißt. Heute wissen wir: Riestern hilft hauptsächlich den Versicherungsunternehmen! Und wer noch glaubt, Sparen bei jahrelangem Niedrigzins kann die Lücken bei der gesetzlichen Rente schließen: Der glaubt sicher noch an den Weihnachtsmann!

Auf lange Sicht, Kolleginnen und Kollegen, müssen wir aber für eine stärkere gesetzliche Rente kämpfen. Es müssen endlich echte Reformen her. Eine solidarische Lebensleistungsrente reicht da nicht. Es reicht nicht mehr, einfach nur die schlimmsten Fehlentscheidungen durch Flickschusterei wieder auszubügeln. Es gibt nur einen Weg, der auch sicher ist: das gesetzliche Rentenniveau langfristig erhöhen. Die Rente ist der längste Vertrag des Lebens! Da sollten wir auf Sicherheit und Sieg für die Beschäftigten setzen!

Für unser Ziel wollen wir mobilisieren! Das Thema wird eine wichtige Rolle im Wahlkampf sein. Wir wollen, dass unsere Forderungen in die Wahlprogramme der Parteien aufgenommen werden. Wir wollen als DGB und Gewerkschaften unseren Stempel aufdrücken! Ab Spätsommer 2016 wird es eine bundesweite DGB-Kampagne für eine sichere Rente geben. Dafür brauchen wir eure solidarische Unterstützung. Solidarität ist unsere Stärke!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Zeit für mehr Solidarität. Das gilt auch für Europa! In Europa kehrt einfach keine Ruhe ein. Viele Staaten leiden immer noch unter den Folgen der Wirtschaftskrise, der europäischen Sparpolitik und können sich nur langsam berappeln. Immer noch sind unendlich viele Menschen arbeitslos. Besonders junge Menschen sind betroffen. Mit teilweise vierzig bis sechzig Prozent in Süd- und Südosteuropa ist die Jugendarbeitslosigkeit noch nicht bekämpft. Wir brauchen endlich die konsequente Umsetzung der Jugendgarantie in Europa! Wir brauchen wieder mehr Solidarität in Europa, weniger Kleinstaaterei! Im europäischen Parlament gibt es mehr Rechtspopulisten denn je. Die aktuelle Situation um Geflüchtete trägt dazu bei, dass immer mehr Menschen „rechts“ wählen in Europa! Damit muss Schluss sein! Wir brauchen endlich eine gemeinsame, fortschrittliche EU-Asyl- und Flüchtlingspolitik. Grenzen schließen und sich abschotten löst die Probleme nicht! Wenn wir nicht handeln, versinkt die europäische Idee auf einem der unzähligen Schiffe mit Flüchtlingen zwischen Libyen und Italien! Es ist Zeit für mehr Solidarität in Europa! Solidarität ist unsere Stärke!

Und lasst mich noch ein Wort zu TTIP sagen. Wir fordern die EU-Kommission auf, sich für fairen Welthandel einzusetzen – mit starken Rechten für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Regeln zum Schutz von Arbeitnehmern, „German“ Mitbestimmung, das alles sind wichtige Errungenschaften. Wir fordern die EU-Kommission auf, sie nicht einfach zur Verhandlungsmasse verkommen zu lassen! Arbeitnehmerrechte sind Schutzrechte, Arbeitnehmerrechte sind nicht verhandelbar, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns gemeinsam für mehr Solidarität kämpfen. Für eine gerechtere Gesellschaft. Für gute Arbeit und Arbeitsbedingungen – jetzt und in Zukunft. Für gleiche Chancen auf Bildung und Teilhabe, für mehr Gleichberechtigung. Für eine sichere Rente! Für gute Arbeit und einen Politikwechsel in Europa und international! Euch allen, die ihr euch in den Gewerkschaften engagiert, möchte ich herzlich danken! Mit über sechs Millionen Menschen sind wir eine starke Gemeinschaft. Wenn wir solidarisch zusammenstehen, können wir viel erreichen! Das sage ich auch mit Blick auf die aktuellen Tarifrunden. Insgesamt laufen in diesem Jahr Tarifverträge für rund zwölf Millionen Beschäftigte aus. Die Forderungen einiger Branchen, wie Metall und Elektro, öffentlicher Dienst oder Chemie, liegen bereits auf dem Tisch.

Die Arbeitgeber haben folgendes angeboten: Metall 0,9 % für zwölf Monate, ÖD 3% für zwei Jahre. Das sind keine Angebote, liebe Kolleginnen und Kollegen, das sind Provokationen! Die Beschäftigten brauchen eine ordentliche Steigerung ihrer Löhne. Das ist ein Gebot der Gerechtigkeit! Die Arbeitnehmer haben mit ihrer Arbeitskraft dazu beigetragen, dass die Produktivität der Unternehmen gestiegen ist. Jetzt wollen sie auch angemessen am Erfolg beteiligt werden. Und für den ÖD gilt: Wer gute öffentliche Leistungen will, muss sich gut bezahlte Beschäftigte leisten. Wir brauchen gute Arbeit auch im ÖD! Wir brauchen mehr Personal, mehr Weiterbildung. Es muss endlich Schluss sein mit den sachgrundlosen Befristungen. Ich sage nur eines: Kolleginnen und Kollegen, für die Tarifrunden habt ihr unsere volle Unterstützung!! Lasst euch nicht unterkriegen! Wenn wir alle solidarisch zusammenstehen, erreichen wir am meisten! Solidarität ist unsere Stärke!

Glück auf!